

Freiberger Anzeiger und Tageblatt.

Amtsblatt für die königlichen und städtischen Behörden zu Freiberg und Brand.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Braun in Freiberg.

N^o 118.

Erscheint jeden Wochentag Abends 7/8 Uhr für den andern Tag. Preis vierteljährlich 2 Mark 25 Pf., zweimonatlich 1 M. 50 Pf. und einmonatlich 75 Pf.

38. Jahrgang.

Sonntag, den 24. Mai.

Inserate werden bis Vormittag 11 Uhr angenommen und beträgt der Preis für die gepaltene Zeile oder deren Raum 15 Pf.

1885.

Psingsten!

Des Aerschaff'nen lautes „Werde!“
Scholl durch die stille Winternacht,
Und reizumflossen stand die Erde
In ihrer vollen Lenzespracht.
Die Blütenäste rings sich bengen,
Es blaut der Himmel endlos weit:
Die ganze Schöpfung ward zum Jengen
Von ihres Schöpfers Herrlichkeit.

Verstummt, ihr finstern Lügegeister,
Die ihr an Gottes Dasein rührt,
Und gebt die Ehre ihm, dem Meister,
Den ihr in seinen Werken spürt!
Kühlt seines warmen Odems Wehen
In diesem Meer von Duft und Licht,
Und seine Stimme lernt verstehen,
Die erst in Wettern zu euch spricht!

O Weltengeist, den jener Glaube
Demüthig nur erfasst, begreift,
Der hier in dieser Welt voll Staube
Als eine Himmelsblume reift —
Du Geist der Liebe, der die Seinen
Von Anbeginn voll Langmuth trägt
Und um die Großen, um die Kleinen
Die Vaterarme schützend schlägt:

Dieß' ein in all die tausend Herzen,
Die heut' der Freude offen steh'n!
Entflamme rings der Wahrheit Herzen
An deinem hoheitsvollen Behn!

Das Evangelium der Liebe
Läß in uns walten fromm und frei,
Damit ein jeder uns'rer Triebe
Ein Abbild deines Wesens sei.

F. H.

Die Woche.

Während viele Tausende froher Menschen, gelockt von dem herrlichen Frühlingswetter, hinausströmen in Gottes freie Natur, auf welche der begeisternde Psingstgeist ausgegossen scheint, lenken wir den Sinn zurück auf die Ereignisse der letzten Woche vor diesem heiligen Feste. Da steht vor unserer geistigen Auge besonders ein Ereigniß, dessen Tragweite für die innere Entwicklung des Deutschen Reiches sofort bedeutend erscheint, dessen Folgen sich aber zunächst gar nicht übersehen lassen. Es ist dies der von unserem Kaiser nach langen Erwägungen ernstester Art gefasste Beschluß, den Fürsten Bismarck zu ermächtigen, im Namen Preußens im deutschen Bundesrathe den Antrag zu stellen, den Herzog von Cumberland von der Thronfolge in Braunschweig auszuschließen. Da der Bundesrath nach Annahme des Wörtensteuerentwurfes und der Zolltarifnovelle den erwähnten Antrag Preußens an die zuständigen Ausschüsse verwiesen und alsdann seine Psingstferien angetreten hat, ist die Entscheidung über die Zukunft des Herzogthums Braunschweig nicht unmittelbar zu erwarten. In diesem Sinne äußerte sich auch der Minister Graf Bötticher, als er in der letzten Sitzung des braunschweigischen Landtages vor dessen inzwischen erfolgter Vertagung den preussischen Antrag mittheilte. Die Stellung des deutschen Kaisers und des deutschen Reichskanzlers zu der braunschweigischen Frage scheint aber nun vollständig gekennzeichnet und es liegt jetzt die Entscheidung in den Händen der im Bundesrathe vertretenen deutschen Einzelregierungen. Die liberalen und freikonservativen Blätter billigen nicht nur den Schritt der preussischen Regierung, sondern halten auch die Zustimmung des deutschen Bundesrathes für zweifellos. Dagegen scharen sich die Ultrakonservativen und die Klerikalen zusammen, um gegen die angebliche Verletzung des Legimitätsprinzips zu protestiren. Die „Neue Preuß. Ztg.“ erachtet die Ansprüche des Herzogs von Cumberland für ein unübersteigliches Hinderniß und die mit dem hannoverschen Erninstern innig zusammenhängende klerikale „Germania“ schreibt: „Es bleibt abzuwarten, ob der Bundesrath diesem Antrag Preußens stattgibt und wie er sich mit folgenden staatsrechtlichen Grundprinzipien abfindet: 1) daß die Erbverbrüderung ein Titel zur legitimen Thronfolge ist, 2) daß die Krone im Momente des Todes des Monarchen dem Thronfolger selbst ohne sein Wissen rechthlich anfällt, 3) daß die angefallene Souveränität unentziehbar ist. Was die Vereitigung dieser staatsrechtlichen Grundprinzipien bedeutet, ist Jedem klar.“

Der Brand des Hohenzollern-Museums im Berliner Schlosse Monbijou gefährdete in den letzten Tagen zahlreiche Gegenstände, welche eng mit der Geschichte des deutschen Kaiserhauses zusammenhängen. In diesem Museum sind die meisten Geschenke verwahrt, die unserem Kaiser zu seinen Geburtstagen, zur goldenen Hochzeit und aus Anlaß seiner Rettung aus Wödrerhand gemacht wurden. Ganz besonders reichhaltig sind die Sammlungen, welche sich auf die Königin Luise und Friedrich den Großen beziehen. Das Museum umfaßt 21 Säle und ist es als ein Wunder zu betrachten, daß es gelang, noch im letzten Momente Alles

zu bergen. Allerdings trugen dazu auch die Mannschaften des 2. Bataillons des 2. Garde-Regiments wesentlich bei, die sofort konfignirt wurden und werthvolle Dienste leisteten. — Der Gesundheitszustand des greisen deutschen Kaisers giebt zwar zu keinen Besorgnissen Anlaß, macht es demselben aber doch unmöglich, den Frühjahrsparaden in Berlin und Potsdam beizuwohnen. Auch der angesagte Besuch des Königs der Belgier ist auf kurze Zeit verschoben worden. Am 18. d. M. verließ der deutsche Kaiser der durch den Geheimrath Hansemann vertretenen Neuguinea-Gesellschaft den Schutzbrief, welcher die werthvollsten Gebiete dieser australischen Insel unter die Oberhoheit des Deutschen Reiches stellte. Wegen der Territorien der deutschen ostafrikanischen Gesellschaft dürfte das Reich in die Lage kommen, den dieser Gesellschaft verliehenen Schutz durch eine gegen den Sultan von Zanzibar gerichtete Flottendemonstration wirksamer zu machen. Gerhard Rohlfs, der Vertreter Deutschlands in Zanzibar, soll zwar von dort nicht abberufen, aber auf dem Weg nach der Heimath sein, um mündliche Auskunft über die Wadlung zu geben, die sich neuerdings in Ostafrika zu Ungunsten Deutschlands vollzogen zu haben scheint. Dem Sultan dürfte ein Angriff auf deutsche Kolonialgebiete theuer zu stehen kommen und keine englischen Rathgeber helfen können, wenn deutsche Kriegsfahrzeuge ihm den nöthigen Respekt vor der deutschen Flagge beibringen.

Die Wahlbewegung ist in Oesterreich auf ihrer Höhe angelangt und jagt in der cisleithanischen Reichshälfte eine Wahlversammlung die andere. Alle Parteien strengen die äußersten Kräfte an, ihre Anhänger zu ermuntern, Schwankende und Mutthlose zu besichtigen und neue Freunde zu gewinnen. Die Chancen für die Deutschliberalen lassen sich noch gar nicht übersehen und läßt sich nur bemerken, daß in dieser Partei die entschiedensten Vertreter mehr und mehr die Oberhand gewinnen. Der in Prag konfignirte, in Wien aber straflos veröffentlichte Wahlaufschrei der Deutschliberalen Böhmens, welcher sich besonders scharf gegen die Sprachenverordnung vom Jahre 1880 wendet, macht allerwärts einen tiefen Eindruck. Auch die Fahrt von 58 Wiener Gemeinderäthen zur ungarischen Landesaussstellung in Pest gab mehrfache Gelegenheit zu den freistimmigsten Kundgebungen. Die Ungarn betonten in feurigster Weise ihre Sympathien für das liberale Element in Oesterreich und überboten sich in stürmischen Gienrufen, als der Abg. Prof. Suez eine lange Dauer des Ministeriums Tisza wünschte, ferner „daß Ungarn niemals mehr lerne, wie man die Freiheit verliere und daß die große, schöne Stadt Pest niemals die Folgen dessen zu verpirren habe, was man Auseinander-Regieren nenne.“ — Nachdem das ungarische Oberhaus sich der neuen Reform der Magnatentafel entsprechend konstituirt hat, ist die erste Session des ungarischen Reichstages für geschlossen erklärt und die Eröffnung der zweiten Session auf den 25. September d. J. anberaumt worden.

In der italienischen Hauptstadt wurde am Dienstag die internationale Konferenz eröffnet, an welcher dies-

mal auch die Pforte Theil nimmt. Der Minister Mancini begrüßte die Delegirten im Namen des Königs Humbert und setzte die der Konferenz zufallenden Aufgaben auseinander. Die italienische Deputirtenkammer wird mit den Leistungen Mancini's immer unzufriedener, da der Zweck der Expedition nach dem Rothen Meere dunkel bleibt, so viel auch in der Kammer darüber angefragt und geantwortet worden ist. Die Kosten belaufen sich schon jetzt auf 9 Millionen Franks; der praktische Erfolg ist aber gleich Null. Die oppositionellen Blätter behaupten sogar, es hätten zwischen den italienischen und den abyssinischen Truppen bereits erste Gefechte stattgefunden, was aber regierungseitig entschieden bestritten wird.

Bei den Beratungen der französischen Deputirtenkammer über Errichtung einer besonderen Kolonialarmee gab der jetzige Kriegsminister Campenon folgenden nicht mißzuverstehenden Bescheid: „Ich kann nicht sagen, ob das Gesetz sofort ausgeführt werden kann, was ich herzlich gern möchte. Wir müssen Alle wünschen, daß das baldmöglichst geschieht, aber auch auf solche Expeditionen in entfernte Gegenden verzichten, welche in einem gegebenen Augenblicke für unser Vaterland Konsequenzen nach sich ziehen könnten, die ich nicht voraussehen will.“ Einstwilen ist aber Frankreich noch in fernen Gegenden engagirt, da sich die Piratenbanden in Tonkin noch durchaus nicht unterworfen haben und China von den zehn Artikeln der französischen Friedensvorschlüge nur sechs als annehmbar bezeichnete. Die Hoffnung auf ein baldiges Einverständnis besteht jedoch fort. Sobald der Friedensvertrag definitiv abgeschlossen ist, werden die offiziellen Verhandlungen wegen eines Handelsvertrages mit China beginnen.

In England ist man nicht ohne Besorgnisse über die Verzögerung des Abkommens mit Rußland über die afghanische Grenze, doch wird die Nachricht des „Standard“, daß die russische Regierung nicht nur gegen die Befestigungen der Grenze unter englischer Oberaufsicht, sondern überhaupt gegen alle Maßregeln zur Befestigung der afghanischen Grenze Einsprache erhob, als unbegründet bezeichnet. Gladstone erklärte im Unterhause, so lange die Unterhandlungen über Afghanistan mit Rußland dauerten, sei es ihm unmöglich, zu sagen, was er hinsichtlich der im Budget angelegten erhöhten Sprit- und Biersteuer zu thun beabsichtige. Wegen des Zwischenfalles von Bendjeh habe die Ernennung eines bestimmten Schiedsrichters noch nicht stattgefunden. Ueber die Besetzung von Suakin bei dem Rückzug der englischen Truppen hätte nur mit der Pforte, aber mit keiner anderen Regierung ein Meinungsaustrausch stattgefunden. Der Staatssekretär für Indien, Kimberley, erläuterte, die künftige afghanische Grenzlinie müsse eine derartige sein, daß sie England eine vortheilhafte Stellung bei einer etwaigen Vertheidigung Indiens gebe. Das Unterhaus vertagte sich bis zum 4., das Oberhaus bis zum 5. Juni.

Während die russischen Bevollmächtigten in London, Ettaal und Lejjar, die Verhandlungen scheinbar absichtlich